

on 1867 e. V.
31
lege Deutschlands

ztage!

egenheit
nehmen
uesten

rationen

n kann.
och

großer Posten
ationsstoffe

Jaquard- und Nop-
Qualitäten, herrliche
und Zeichnungen,
anthren, 130 cm

195

großer Posten
denstreifen

dunkel gemustert,
Farbstellungen, pr.
ten, Indanthren
80-130 cm

75

großer Posten
nstoffe

hochwertige Qua-
z moderner Mu-
-160 cm breit

125

BOCHOLT

Ortsvertreter

der befähigt ist, befi.
Kreise aufzulösen,
sich geltend, gutes
Aufstehen bedingung
Offerten erhalten unter
Nr. 329 an die Ge-
schäftsstelle des BL

Rheider Volkszeitung

Seitenspreis: 2,50 M. monatlich

Kreisblatt des
Stadtbezirks Bocholt

Wöchentliches
des Landratsamtes,
von Bürgermeister,
Ämtern und Ämtern
des Kreises Bocholt.

Gegen
der Zentrumsparlei

Bocholter - Borkener

Volksblatt

Bocholt-Melburger Zeitung

Seitenspreis: 2,50 M. monatlich

Wöchentliches
des Landratsamtes,
von Bürgermeister,
Ämtern und Ämtern
des Kreises Bocholt.

Gegen
der Zentrumsparlei

Nummer 64

Donnerstag, den 5. März 1931

Jahrgang 1931

Die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten gehen weiter.

Zunächst keine Entscheidungen zu erwarten.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 4. März. (Drahtf.)

Die Presse der Reichsopposition ist nach wie vor eifrig am Werk, eine angebliche Krise an die Wand zu malen. Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß die politische Lage mehrere schwierige Punkte aufzuweisen hat. Von einer Zuspitzung der Gesamtsituation kann jedoch durchaus keine Rede sein. Vor allem ist immer wieder darauf zu verweisen, daß im Augenblick keine endgültigen Entscheidungen zu erwarten sind. Der Reichstag beschließt sich zur Zeit noch mit der zweiten Lesung des Reichshaushalts. Die Entscheidungen fallen erst später, vielleicht erst Ende März. Auch das Organ der Sozialdemokraten, der „Vorwärts“, weilt in seiner Mittwochabend-Ausgabe darauf hin, daß über die Verhandlungen zwischen Reichskanzler Dr. Brüning und der Sozialdemokratie falsche Meldungen verbreitet worden sind. Der „Vorwärts“ betont, die außerordentlichen politischen Umstände bräutig es mit sich, daß jetzt im Reichstag so gut wie jede sachliche Entscheidung zu einer politischen Entscheidung von größter Tragweite werde. Es handle sich vor allem darum, welche weitergehenden politischen Fragen sich aus der Faltung der sozialdemokratischen Fraktion in Einzelfragen ergeben oder auch nicht ergeben würden. Vor allem handle es sich darum, ob die Regierung Brüning im Kampf der Sozialdemokratie zur Verteidigung der Demokratie gegen den Faschismus eine unentbehrliche Barrikade ist, so daß man ihr auf sachlichem Gebiet Zugeständnisse machen müsse, um ihren Sturz und damit den Sieg der inoffiziellen Arbeiterfraktion zu verhindern.

Diese Fragestellung von sozialdemokratischer Seite ist etwas eigenartig, nachdem doch bisher das Reichstagsblatt zur Genüge bewiesen hat, daß es mit den Nationalsozialisten keine Politik zu machen gedenkt. Es liegt daher die Annahme nahe, daß der „Vorwärts“ diese Frage stellt, um damit eine Verzögerung endgültiger Beschlüsse zu begründen. Das sozialdemokratische Organ warnt sogar ausdrücklich vor überhasteten Beschlüssen, wenn sie von der Gegenfraktion kommen und die Ablehnung sozialdemokratischer Forderungen bedeuteten. Das Hauptgewicht der Ausführungen des „Vorwärts“ liegt in folgenden Sätzen: „Wenn es Leute gibt, die meinen, eine Forderung müßte ohne Rücksicht auf ihren Inhalt abgelehnt werden, wenn sie von Sozialdemokraten gestellt werde, so ist ihr Verhalten das von ungeheuren Kindern und nicht von verantwortungsbewußten Politikern. Die Regierung aber muß, wenn sie führen will, solche Zumutungen weit von sich weisen. Sie muß auch dafür sorgen, daß nicht aus Konflikten zweiten Ranges politische Krisen ersten Ranges entstehen. Es gäbe keinen Anlaß, die Möglichkeit von Krisen überhaupt zu erwähnen, wenn alle anderen beteiligten Faktoren ebenso vernünftig und verantwortungsbewußt wären, wie die Sozialdemokraten. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob sie es sind.“

Bisher ist uns in keinem Falle bekannt geworden, daß eine Forderung der Sozialdemokratie lediglich deswegen abgelehnt wurde, weil eine solche Forderung von Sozialdemokraten gestellt worden ist. Es gehört bei politischen Verhandlungen dazu, daß jeder Partner mit besonderen Wünschen auftritt. Wenn die Sozialdemokraten Forderungen erheben, die im Rahmen des großen Regierungsprogramms verwirklicht werden können, so wird die Erfüllung nicht ausbleiben. Werden jedoch Wünsche laut, die weit über das Maß dessen hinausgehen, was Reichskanzler Dr. Brüning schon mehrfach als tragbar bezeichnet hat, so müssen eben auch die Sozialdemokraten einsehen, daß es für sie eine bestimmte Grenze gibt. Man kann nicht immer für sich allein die Vernunft und das Verantwortungsbewußtsein in Anspruch nehmen. Auch die anderen beteiligten Faktoren, zu denen doch in erster Linie auch das Reichstagsblatt gehört, sind „vernünftig und verantwortungsbewußt“. Gerade weil diese Eigenschaften bei den übrigen Fraktionen vorhanden sind, besteht keine Aussicht, daß alle Forderungen der Sozialdemokratie erfüllt werden können. Die Sozialdemokraten werden sich dieser Erkenntnis auf die Dauer nicht entziehen können. Gerade der verfrühte Jubel der Reichspresse sollte den einsichtsvollen Elementen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Augen öffnen. Die Augen der Sozialdemokraten glauben die Annahme des sozialdemokratischen Antrages auf Zollfreiheit Einfuhr von 50000 Tonnen Gefrierfleisch als Sturmblitz zum Sturz der Reichsregierung ansehen zu müssen. Sie weisen darauf hin, daß durch die wahrscheintliche Ablehnung des Antrages im Reichstag der linke Flügel der Sozialdemokratie mit der Mithras gekürzt werde, die Beziehungen zum Kabinett abbrechen. Eine solche Taktik heißt Sand in die Augen der Wähler streuen. Nicht der linke Flügel der sozialdemokratischen Fraktion verhandelt mit dem Reichskanzler, sondern die Führer

der gesamten Fraktion, und diese Verantwortungsbewußtsein haben die Mehrheit in der Fraktion hinter sich. Die Kalkulation der Reichsopposition auf eine Krise ist daher verfehlt.

Reichskanzler Dr. Brüning hatte am Mittwochabend eine neue Besprechung mit den sozialdemo-

krischen Führern. Die Verhandlungen wurden nach kurzer Zeit auf Donnerstag vormittag vertagt. Die geplante Fraktionsitzung der Sozialdemokraten fand am Mittwochabend nicht mehr statt. Der Reichskanzler hatte ferner mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, eine Besprechung.

Zusammenfassung der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge gefordert.

Stegewald gegen sofortige Inangriffnahme des Erwerbslosenproblems.

Berlin, 4. März.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Mittwoch die Einzelberatung des Haushalts des Arbeitsministeriums fortgesetzt. Das Kapitel Sozialversicherung wurde unverändert genehmigt. Dazu wurde eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, wonach die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen soll, der die Familienangehörigen, Lehrlinge ohne Entgelt, Zugewandene, die keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, und die Arbeitslosen während der Wartzeit von der Entrichtung des Arbeitslosenbeitrags und der Krankenkasse befreit.

Dann ging der Ausschuß zur Beratung der Entschlüsse für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung über. Reichsarbeitsminister Dr. Stegewald wies gegenüber den Ausführungen der sozialdemokratischen Fraktion darauf hin, daß es unmöglich sei, schon jetzt die Frage der Wohlfahrtsfürsorge zu erörtern. Denn diese Frage beruhe auf großen anderen Fragen, wie z. B. den Finanzverhältnissen zwischen Reich und Ländern. Er habe man an solche Probleme herangehen, müßte man erst einen Gesamtplan darüber haben, wie groß voraussichtlich im Jahre 1931 die Zahl der Arbeits-

losen sein werde, welche Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten gegeben sind, was geheißen könne hinsichtlich der Verminderung der Arbeitslosenanzahl durch Arbeitsförderung, durch Verkürzung der Arbeitszeit usw.

Nach längerer Aussprache wurde eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, die die Reichsregierung ersucht, den faktischen Verhältnissen Folge zu lassen, die bei den Gemeinden durch die Unterbrechung des ständig wachsenden Heeres der Wohlfahrts-Erwerbslosen eingetreten sind, größte Aufmerksamkeit zuwenden. Dem Reichstag solle alsbald ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der eine Zusammenfassung der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge und der Fürsorge für Wohlfahrts-Erwerbslose in einem Gesetz über Arbeitslosen-Fürsorge vorsehe.

Ministerialdirektor Dr. Weigert wandte sich gegen die Behauptung, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise keine Bedeutung mehr hätten. Es seien im letzten Jahre durch die Arbeitsämter mehr als 2 Millionen Arbeitsstellen vermittelt worden. Damit habe die deutsche Arbeitsvermittlung an der Spitze aller europäischen Länder. Was die Vermittlung nach Frankreich anlangt, so sei nachdrücklich betont, daß solche Vermittlungen nur auf freier Basis erfolgen. Kein Arbeitsamt werde sagen, weil er eine Arbeitsstelle im Ausland vernehme. Soweit es möglich sei, werde auch an den Arbeitsämtern im Einzelfalle sorgfältig nachgeprüft, ob die Arbeitsbedingungen eines deutschen Arbeiters würdig seien.

1932 weitere Hauszinssteuersenkung.

Die Verlängerung der Realsteuergesetze.

Berlin, 4. März.

Im Preussischen Landtag erledigte man Mittwoch die zweite Lesung der Verlängerung der Gewerbesteuer, Grundbesitzsteuern und Hauszinssteuer bis zum 31. März 1932. Ueber

die Gewerbesteuer

berichtete der Volksparteiliche Dr. Neumann-Frohne. Er hob als wichtige Aenderung hervor, daß jetzt der Verlustvortrag für zwei Jahre, statt bisher ein Jahr, angedrungen werden könne. Später in der Aussprache erklärte derselbe Abgeordnete, daß er von den Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei geforderten Herabsetzung der Freigrenze für den Gewerbeertrag auf 6000 Mark nicht zustimmen könne, da die Gemeinden infolge der verminderten Steuererträge in noch größere Schwierigkeiten kommen würden.

Finanzminister Dr. Höpfer-Ahoff machte darauf aufmerksam, daß auch nach dem Inkrafttreten der Grundbesitzsteuergesetze des Reiches für die Realsteuern im nächsten Jahre in Preußen die bisherige Regelung bestehen bleiben werde, d. h. daß die Gewerbesteuer weiterhin die Gemeinden zulege. Eine Herabsetzung der Freigrenze hielt der Minister für untragbar, da durch die bisherige Freigrenze bereits 42 Prozent der Gewerbebetriebe von der Gewerbeertragssteuer und 72,4 Prozent von der Kapitalsteuer befreit seien.

Gegenüber einem Antrag, die Großbetriebe des Handels stärker zu belasten, wies er auf die bereits vorhandene erhöhte Umsatzsteuer hin. Der Zentrumsabgeordnete Kölsch begrüßte die Ausführungen des Finanzministers und wies darauf hin, daß das Zentrum angesichts der bevorstehenden reichsrechtlichen Regelung keine Forderungen gestellt habe. Es wünschelte aber, daß die hohen Zölle baldmöglichst wesentlich gesenkt werden.

Zur Verlängerung der

Grundbesitzsteuern

legte Finanzminister Dr. Höpfer-Ahoff dar, daß eine Senkung der Grundbesitzsteuern der Landgemeinden nicht in Betracht komme für 1931. Was im Jahre 1932 sein werde, wisse man noch nicht. Wenn es aber um die Verlängerung der Grundsteuer bis 1933 freigegeben werden, so würde das Zentrum die Grundsteuer bis 1933 freigegeben. Schon im Hauptauschuß habe er auf die schonende Behandlung der Landwirtschaft hingewiesen. Man könne indessen einen Stand, den die Realsteuern auf dem Gebiete des Schulwesens der Wohlfahrts- und der Realsteuern zugewonnen, nicht von allen Steuern befreien. Auch er wünschelte, er könnte einmal dem Landtag eine allgemeine umfang-

reiche Steuerentlastung vorschlagen. Heute sei das nicht möglich, weil der Zusammenbruch der Staatsfinanzen zugleich den Zusammenbruch aller Berufsstände bedeuten würde.

Zur Verlängerung der

Hauszinssteuer

forderte der Deutschnationale Hoyer eine Senkung der Hauszinssteuer um 10,5 Prozent der Friedensmiete zur Abgeltung der erhöhten Zinsen für Aufwertungshypotheken. Es sei bedauerlich, daß nach den Beschlüssen des Ausschusses das Eigenkapital nicht berücksichtigt werde.

Finanzminister Dr. Höpfer-Ahoff erklärte, wenn man von dem vom Abgeordneten Hoyer vertretenen Rechtsstandpunkt ausgehe, so hätten zwei Drittel aller Hausbesitzer keinen Anspruch auf Senkung der Hauszinssteuer. Im Hinblick auf die erhöhte Verzinsung der Aufwertungshypotheken ab 1. Januar 1932 sei jedoch eine

Entlastung des Hausbesitzes notwendig.

wie sie der Antrag der Regierungsparteien vorsehe. Es könne nicht zweifelhaft sein, daß im nächsten Jahre eine weitergehende Senkung notwendig sein werde. Der Minister betonte, daß mit öffentlichen Mitteln in der Nachkriegszeit über eine Million Wohnungen in Preußen erstellt worden seien. Diese Leistung werde ein Ruhmesblatt der Nachkriegszeit sein. Ohne die öffentliche Bautätigkeit wären zweifellos unzählige Menschen im Wohnungssektor verkommen.

Der Kommunist Oberdörfer schlug vor, den Gesetzentwurf „Gesetz zur Drosselung des Wohnungsbaues und Mietenobergrenze für die Erwerbslosen“ zu nennen. Die geplanten kleinen Wohnungen von 35 Quadratmetern bedeuteten neue Seuchenherde. (Als Sozialdemokraten im weiteren Verlauf der Ausführungen Oberdörfers Zwischenrufe machten, erwiderte ein Kommunist mit dem Ruf „Heuchler“). Er wurde dafür zur Ordnung gerufen. Der Nationalsozialist, der in diesem Augenblick den Saal betrat, rief dem Präsidenten zu: „Der Hausnecht waltet seines Amtes!“ und wurde gleichfalls zur Ordnung gerufen.

Es kam noch zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen Zentrum und Staatspartei einerseits, Deutschnationalen und Wirtschaftspartei andererseits, in der die Regierungsparteien den Vorwurf zurückwiesen, sie hätten unter Druck des Reichstages keine ausreichende Senkung der Hauszinssteuer herbeigeführt. Der Zentrumsabgeordnete Kölsch hielt insbesondere dem Abgeordneten Hoyer vor, daß er nicht bei der Wahrheit geblieben sei, meinte am Reichstag, einen Rechtsbruch. Die Zentrumsfraktion befürchte, daß die Senkung der Hauszinssteuer Kaufmann, der dem Redner zuruft: „Das ist die Unwahrheit“, erhält einen Ordnungsruf. Unter Ablehnung sämtlicher Forderungen wurde die Beratung der Realsteuergesetze beendet. Am Donnerstag wird der Reichstag mit der Beratung der Realsteuergesetze und der Realsteuern fortgesetzt.

Die Wohlfahrtslasten der Gemeinden.

Endlich sind jetzt Verhandlungen in Gang gekommen, die darauf abzielen, den unter den Wohlfahrtslasten zusammenbrechenden Kommunen Entlastung zu verschaffen. Wie diese Verhandlungen auslaufen werden, weiß man natürlich noch nicht. Doch unabwiesbar ist, daß sie eine andere Lastenverteilung bringen müssen, als sie bisher geglättet festgelegt ist. Betrachtet man die nicht nur sehr angespannte, sondern geradezu außerordentlich bedrohliche Lage der großen Masse der Gemeinden, deren Bürger im steigenden Maße der Erwerbslosigkeit anheimgefallen sind und, wie jeder neue Halbmondsbericht der Versicherungsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung verrät, leider Gottes noch weiter anheimsinken, sieht man auf der anderen Seite, daß die in dieser Weise durch die große Wirtschaftskrise besonders in Mitleidenhaft gezogenen Gemeinden (neben solchen allerdings, denen es auch heute infolge besonders günstiger Umstände noch erstaunlich gut geht) die letzten Steuerermäßigkeiten erschöpft haben, so kann die Forderung nicht von der Hand gewiesen werden, daß Reich und Staat eingreifen und einen wesentlichen Teil der Wohlfahrtslasten auf ihre stärkeren Schultern übernehmen müssen. Reichsarbeitsminister Dr. Stegewald hält an diesem den Zeitpunkt für die Inangriffnahme dieser Reform noch für verfrüht. Wir bedauern, ihm da widersprechen zu müssen.

Seit dem Herbst 1927, wo das Gesetz über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung in Kraft trat, ist in den Gemeinden das Risiko der anfallenden Erwerbslosigkeit und stetig gestiegenen Erwerbslosenzahl größer und größer geworden. Die Länder sind seitdem überhaupt nicht mehr mit der Fürsorge für die Arbeitslosen befaßt, das Reich hat sie im vergangenen Jahre durch die Zuschußbegrenzung vom Etat abgehängt, die Gemeinden aber schleppen sie als eine immer größer werdende Last mit, ohne sie irgendwie abstoßen zu können. Schon in einem früheren Artikel, in dem die Finanznot der Gemeinden behandelt wurde, wiesen wir darauf hin, daß sich die Grundlagen der Erwerbslosenfürsorge in den letzten Jahren ganz wesentlich verschoben hat. Als jenes Gesetz zur Zuschußfassung stand, da glaubte man, daß mit 26 Wochen Unterstützung durch die Versicherungsanstalt und noch 26 Wochen durch die Krisenfürsorge für alles Notwendige gesorgt sei. Gewiß sollte nach diesen 52 Wochen die kommunale Wohlfahrtsfürsorge eintreten. Aber daß sie ernstlich und in irgendeiner stärkeren Weise in Anspruch genommen werden würde, das erschien selbst dem damaligen Reichsarbeitsminister, als ihm der Finanzdezernent einer weitestgehenden Großstadt seine diesbezüglichen Befürchtungen vortrug, als eine überflüssige Sorge. Heute weiß man, daß diese Befürchtungen nur zu berechtigt waren. Lieber die Krisenfürsorgegezeit hinaus sich ausdehnende Arbeitslosigkeit ist leider bei weitem mehr als einer Million Erwerbsloser heute bereits Tatsache geworden. Von den Ausgesagten fallen allerdings nur etwa 60-70 Prozent auf die Wohlfahrtsämter. Der Rest von 30-40 Prozent vorübernehmend sich irgendwie, vor allem wohl durch Fortwanderung; man weiß jedenfalls nicht, wo er bleibt. Da Stillelegungen und Entlassungen, wenn sich auch das Tempo in letzter Zeit etwas verlangsamt hat, noch kein Ende gefunden haben, rechnet man unter Verdrückung des erwähnten Teiles der Ausgesagten, der sich verfrüht, am 1. April mit rund einer Million Unterstützungsempfänger für die Wohlfahrtsämter, also mit 20 Prozent der insgesamt heute fünf Millionen Erwerbslosen.

Die Kosten der kommunalen Wohlfahrtsfürsorge stellen sich auf rund 1000 Mark im Jahr pro Kopf. Die Gemeinden hätten also, wenn die Zahl von einer Million konstant bliebe, wenn sie also weder infolge der saisonmäßigen Belebung oder eines Konjunkturaufschwungs, weder durch Arbeitsbeschaffung von Reich wegen oder durch Verkürzung der Arbeitszeit abnähme, noch infolge weiteren Zustroms anwüchse, eine runde Milliarde für diesen Zweck aufzubringen. Der Deutsche Städtetag fordert nun, daß eine Drittelung der Kosten der Erwerbslosenfürsorge, die nicht durch die Versicherungsbeiträge gedeckt sind, vorgenommen werde. Reichsausschuß zur Versicherung, Kosten der Krisen- und der Wohlfahrtsfürsorge sollen also zusammengefaßt werden, und dann sollen von dieser Summe das Reich 60 Prozent, die Länder und die Gemeinden je 25 Prozent tragen. Diese Teilung läuft auf daselbe hinaus, was wir in der vergangenen Woche gefordert haben, daß nämlich die Versicherung mit ihren Beiträgen und ihrem etatsmäßigen Zuschuß gelassen werde, wie sie jetzt ist, und Reich, Länder und Gemeinden sich in die Kosten der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge teilen. Das Reich gibt für die Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge 400 Millionen Mark. Zählt man die eine Milliarde Wohlfahrtskosten hinzu und teilt man die Summe durch drei, so macht das je rund 470 Millionen Mark für Reich, Länder und Gemeinden aus, für letztere also immerhin weniger als die Hälfte der Summe, mit der bei Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes gerechnet werden muß. Nun aber muß noch folgendes beachtet werden, wenn die Verteilung für die Kommunen erträglich werden soll. Das Reich rechnet nicht mit 1000 Mark Jahreskosten für jeden

Erwerbslosen, sondern nur mit 700 Mark. Es bedarf nicht nur der geldlichen Zuwendungen, nicht aber was an Sachleistungen den Wohlfahrtsempfängern noch zukommen muß. Die Städte müssen darum mit rund 800 Mark pro Monat und Kopf rechnen, also mit rund 1000 Mark. Dann aber ist auch noch zu berücksichtigen, daß die vier Millionen Arbeitslosen, die heute noch von der Versicherung und der Arbeitslosenversicherung betreut werden, doch auf die Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden losmarschieren. Für diese vier Millionen fällt also noch und noch immer mehr die Hilfe der Versicherungsanstalt fort, und im gleichen Maße wachsen die Kosten für die Wohlfahrtsämter, sodaß die Gemeinden mit 470 oder rund 500 Millionen Mark bald doch wieder nicht mehr auskommen und zu einem gewissen, nicht fernem Zeitpunkt wieder da stehen würden, wo sie heute sind. Auch darin liegt noch eine Gefahrquelle für die Kommunen, auf die sie bei ihren Verhandlungen mit Reich und Ländern besonders achten müssen, daß auf Grund der Notverordnung vom Juli die Arbeitslosen auf alle Verufe ausgebeutet und zuletzt noch bis zum 31. März verlängert worden ist. Ein unverhältnismäßig großer Teil Erwerbsloser würde also am 1. April mit einem Schlag von der Arbeitslosenversicherung in die Wohlfahrtsfürsorge übergehen.

Bei den vorstehenden Überlegungen haben wir jeden Optimismus absichtlich beiseite gelassen. Soll eine Neuordnung kommen, bei denen die Gemeinden nicht bald wieder fähig sind Rückfälle zu befürchten, dann läßt man zunächst jedenfalls besser die Hoffnung auf grundlegende Besserung aus dem Rast. Die Wiederbelebung der Börse ist gewiß ein Anzeichen dafür, daß ein Konjunkturaufschwung nahe sein kann. Auf der anderen Seite ist es aber ein Zeichen, daß der Staat sich daran erinnert, daß der Reichsminister Stegerwald dieser Tage in seiner großen sozialpolitischen Rede der Meinung Ausdruck gab, daß wir jetzt wohl den Tiefpunkt erreicht hätten. Indessen bleibt zu beachten, daß weder die Industrialisierung der fremden Länder, die vor dem Kriege keine oder nur geringe Industrie hatten, noch die Rationalisierung, durch die ebenfalls Millionen Hände aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet worden sind, rückgängig gemacht werden können. Eine Besserung der Konjunktur kann also wohl einen Teil der Arbeitslosen in die Produktion zurückbringen, aber es bleibt mit der tragischen Tatsache zu rechnen, daß selbst unter günstigen Umständen ein nicht unbeträchtlicher Teil ohne Beschäftigung bleiben wird, zumal wenn die Industrialisierung Auslands fortschreitet und China und Indien mit ihren Hunderten von Millionen Einwohner noch länger der industriellen Einfuhr verschlossen bleiben.

Wie aber sollen nun das Reich und die Länder die Mittel anbringen? Die Frage ist, soweit das Reich in Frage kommt, schwer zu beantworten, wenn man der Versicherungslasten schenken soll, daß weitere Freimachung von Mitteln aus dem Etat durch Streichung an anderen Stellen nicht möglich sei, zumal mit geringeren Steuereingängen zu rechnen ist, und wenn man nicht irgend einer neuen Steuererhöhung, etwa einer Erhöhung der sehr ergebnislosen und leicht einzulegenden Umsatzsteuer das Wort reden will. Wir denken nicht daran, dies zu tun, obwohl wir immer die Meinung vertreten haben, daß der schwerste finanzpolitische Fehler der vergangenen Jahre die geradezu leichtfertige Umsatzsteuererhöhung war, mit der der damalige Reichsfinanzminister Dr. Brüning sich Ruhm zu erwerben glaubte. Was Preußen anbelangt, das uns hier von den Ländern allein interessiert, so sind Männer, die man als sachverständig ansprechen muß, der Meinung, daß der Haushaltsvoranschlag für 1931 noch so ausgefallen sei, daß sich in dieser Notlage noch sehr gut 150 bis 160 Millionen Mark daraus für die Erwerbslosenfürsorge freimachen ließen. Außerdem hält die Staatsregierung noch 80 Millionen Mark aus der Haussteuer zurück, um aus diesem Etat Gemeinden, die unter dem Druck der Wohlfahrtslasten nicht mehr aus dem ein müssen, beizufpringen zu können. Auf diese finanzielle Reserve werden wir gleich noch zurückkommen.

Unbestreitbar ist, daß die Gemeinden alles getan haben, was sie tun konnten. Sie haben seit drei Jahren nichts anderes als Notetats. Sie haben ihre Ausgaben gebremst, und jetzt wird sogar dort noch gepart, wo man es eigentlich nicht dürfte. Notwendige Straßenerneuerung wird unterlassen, Straßenbeleuchtung wird eingeschränkt, und selbst die Schulrats haben sich erhebliche Opfer gefallen lassen müssen. Die Großstädte unterhalten allerdings noch ihre Theater, wenn auch mit reduzierten Zuschüssen. (Auf diese Frage werden wir ein andermal eingehen.) Was aber für die Theater jetzt noch aufgewendet wird, ist immerhin nur ein kleiner Bruchteil von dem, was die Wohlfahrtsfürsorge kostet. Die Realsteuern sind, wie man für die rheinisch-westfälischen Gemeinden, obwohl nicht unbeträchtliche Verschönerungen da sind, wohl ohne größere Ausnahme sagen darf, soweit erhöht worden, daß längst die zulässige Grenze überschritten ist. Die Notverordnungsteuern mit ihren verhältnismäßig geringen Erträgen sind eingeführt worden. Trotzdem hohe Fehlbeträge veranlassen. Für die westfälischen Städte belaufen sie sich insgesamt für 1930 auf 60 Millionen Mark. Die Folge ist eine starke kurzfristige Verschuldung. Auf sie entfallen etwa zwei Drittel dieser Summe, sodaß also rund 40 Millionen aus laufenden Einnahmen wieder zurückgezahlt werden müssen. Es müßten also eigentlich für diese 40 Millionen Mark neue Steuern geschaffen werden. Das ist aber ganz unmöglich. Wenn man weiß, daß 90 Prozent der Bevölkerung Lohn- und einkommensteuerfrei sind, weil sie nicht mehr als das steuerfreie Existenzminimum an Einkommen haben, dann kann man nicht im Ernst von einer Steigerung der Bürgersteuer um mehrere hundert Prozent sprechen. Wenn also beispielsweise Oberhausen 1931 750 Prozent dieser Steuer erheben will, so wird damit an mindestens neun Zehntel der Bevölkerung eine ganz unmögliche Forderung gestellt. Natürlich gilt das noch weit mehr für Städte, die die zehn- oder fünfzehnfache Bürgersteuer erheben müßten, um ihren Etat auszugleichen. Kommt keine andere Lastenverteilung, so ist demnach mit Sicherheit damit zu rechnen, daß allein in den westfälischen Städten der jährliche Fehlbetrag von 60 Millionen an Jahresende auf wenigstens 100 Millionen Mark angelaufen sein wird. Was hiernach auf den für ganz Preußen bestimmten Höchstbetrag von 80 Millionen Mark, von dem oben die Rede war, für Hoffnungen zu setzen sind, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Nach alledem wäre es unverantwortlich, wenn die Städte sich nicht mit allem

Erste dagegen wenden, daß die Dinge so weiter behandelt werden wie bisher. Der Zusammenbruch vieler Gemeinden droht, wenn nicht Reich und Staat für ausreichende Mittel zu ihrer Unterstützung oder zu ihrer Entlastung Vorkehrungen treffen. Je länger man wartet, um so mehr wächst die Verschuldung der Gemeinden, nicht weil sie leichtsinnig handeln, sondern weil sie nicht anders als durch Anleihen, und zwar, wie gesagt, durch kurzfristige Anleihen die Mittel für ganz unabsehbare Ausgaben bekommen können. Daß zu diesen unabsehbaren Ausgaben auch die Millionen gehören, durch die den Erwerbslosen und ihren Familien das Allernotwendigste gewährt werden kann, wird wohl niemand bestreiten wollen.

Aber nicht nur nach der materiellen, sondern auch nach der psychologischen Seite hin ist eine Entlastung der Gemeinden erforderlich. Auf sie, ihre leitenden Beamten und die Vertreter der Bürgererschaft wird von allen Seiten geschimpft, obwohl sie in der vorhandenen Zwangslage tun, was nur immer möglich ist. Gewiß sind in manchen Städten Anlagen geschaffen und Gebäude errichtet worden, aber die man heute anders denkt als damals, wo genügend Geld vorhanden war, um sie zu bauen. Aber was bedeutet die Summe, die für die Vergütung aller dieser Bauten aufgewendet werden muß, gegenüber den Wohlfahrtsausgaben! Sie reichen nicht im entferntesten daran heran. Auch ohne diese Verschuldungsgelder bestände die Verrücktheit der Gemeindefinanzen durch die Wohlfahrtsausgaben in ihrer ganzen Bucht und Schwere. Muß auch von den leitenden Persönlichkeiten der Kommunalverwaltung gefordert werden,

Das französisch-belgische Militärabkommen.

Gegen Deutschland.

Brüssel, 4. März.

In der Kammer machte Außenminister Symans heute nachmittags eingehende Darlegungen über den gegenwärtigen internationalen Status Belgiens. Er sprach zunächst von der Neutralität, die dem Königreich bei seiner Entstehung von den Mächten auferlegt wurde, die Belgien unbetreffende Dienste geleistet habe, die aber infolge des Verschwandens der europäischen Gleichgewichtssystems, auf dem sie beruhte, hinjüngst geworden sei. Belgien habe die Überzeugung gehabt und habe sie noch, daß

die Entente zwischen Frankreich und England die feste Grundlage des europäischen Friedens sei. Deshalb habe sich Belgien an diese beiden Länder gewandt und sich bemüht, durch Verhandlungen, die sich unmittelbar an den Abbruch des Friedens angeschlossen, von ihrer Seite neue Garantien zu erhalten. Die Verhandlungen mit Frankreich, so fuhr Symans fort, führten zum Ziel. Am 7. September 1920 kam zwischen dem französischen und belgischen Generalstab ein Abkommen zustande, das die beiden Regierungen genehmigten. Der Außenminister teilte der Kammer den Wortlaut der Notiz, die mit Bezug auf das französisch-belgische Militärabkommen in der Zeit zwischen dem 10. September und dem 10. November 1920 zwischen dem belgischen und dem französischen Militärpräsidenten sowie über die Regierungen des Abkommens zwischen dem belgischen Ministerpräsidenten und dem Generalleutnant des belgischen Heeres geschickt wurden und bemerkte zu diesen Notizen: In gewissen Kreisen, selbst in Belgien, selbst in befreundeten Ländern, hat man das Abkommen so hingestellt, als ob es

eine Beschränkung unserer Unabhängigkeit zur Folge habe und als ob es dem Lande Lasten ausgeben und eine bestimmte Politik auferlege. Das Abkommen von 1920 enthält nur militärische Bestimmungen, die von den Führern der beiden Armeen im Hinblick auf die Eventualität einer gemeinsamen Aktion der beiden Staaten zur Abwehr eines nicht provozierten Angriffes seitens Deutschlands aus einem der beiden Länder festgelegt wurden. Das Abkommen achtet die Selbständigkeit jedes Staates. Es macht nämlich

zwei ausdrückliche Vorbehalte.

1. Jeder Staat behält die völlig souveräne Entscheidung über die militärischen Lasten, die er seinem Lande auferlegen hat. Infolgedessen hat Belgien, wie Frankreich, das Recht nach seinem Ermessen sein Militärregime und sein Verteidigungssystem zu regeln. 2. Jeder Staat behält die Freiheit in jedem Einzelfall die Eventualität im Hinblick auf die das Abkommen abgeschlossen wor-

den ist, mit anderen Worten: Die beiden Staaten werden jeder nach den Umständen zu entscheiden haben, ob Anlaß zur Zusammenarbeit vorliegt oder nicht. Es ist falsch und unnützlich sich vorzustellen, daß das Abkommen kriegerische und imperialistische Kombinationen erfüllt. Es ist falsch und unnützlich, es als eine Allianz hinzustellen, die unsere Politik unter die Vormachtigkeit der französischen Politik bringt. Überdies ist das Abkommen von 1920 kein Allianzvertrag. Es verpflichtet die beiden Regierungen nicht zum gemeinsamen Handeln; aber es legt ihnen gemeinsame Willen voraus im Falle eines nicht provozierten Angriffes seitens Deutschlands, eines Angriffs gegen Belgien oder Frankreich, der als solcher erkannt ist, gemeinsam Widerstand zu leisten. Man hat in Belgien darin eine Garantie der Sicherheit und des Friedens erblickt. Ueber

das Verhältnis des Militärabkommens zum Locarnovertrag erklärte Symans, wie er feststellte, im Einvernehmen mit der französischen Regierung: Unsere Garantie- und Unterstützungsverpflichtungen sind bestimmt durch die Verträge von Locarno, die übrigens England dieselben Verpflichtungen wie Belgien und Frankreich auferlegen. Das französisch-belgische Militärabkommen bezog sich auf einen einzigen Fall, einen nicht provozierten deutschen Angriff auf Belgien oder Frankreich. Dieser Fall ist einer von denjenigen, die der Rhein pakt ausdrücklich vorzieht. Aber der Rhein pakt enthält die Garantie, die gegenseitige Hilfeleistung auch auf den Fall der Verletzung der Artikel 42 und 43 des Versailles Vertrags, die sich auf die entmilitarisierte Rheinlandszone beziehen. Der Rhein pakt ist präziser, formeller, feierlicher als das französisch-belgische Abkommen, das kein Vertrag im eigentlichen Sinne ist. Er deckt sich mit ihm und erweitert es, und er gibt Belgien und Frankreich das Recht, im Hinblick auf eine Verletzung, durch Deutschland die zur Abwehr der Gefahr geeigneten militärischen Maßnahmen vorzubereiten und zu vereinzeln. Symans erklärte zum Schluß, vor einigen Monaten habe man

kriegerische Rufe und Appelle an die Gewalt vernommen. Neuerdings hätten die Vertreter der Großmächte in Genf ihren Friedenswillen betont, aber man müßte immer mit einem plötzlichen Erwachen nationaler Leidenschaften rechnen, man müßte alles hoffen, aber alles voraussehen. Deshalb sei es die Pflicht eines uns keine Zukunft besorgten Landes, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den Schutz seiner Grenzen zu sichern und jeder Verletzung zu begegnen, die seiner zu bedienenden und so verwerflichen. Es werde die Waffen nur ergreifen, um seinen Boden und seine Unabhängigkeit zu schützen und um die Pflichten, die ihm sein Statut diktiert, zu erfüllen.

In dem Streit über das Verbot des Remarque-Films kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Leiter der Filmoberprüfungsstelle Regierungsrat Seeger und dem Kommunisten Torgler. Torgler hatte Seegers Erklärung im Ausschuss als falsch bezeichnet und behauptet, daß im Falle des Potemkin-Films die Filmoberprüfungsstelle trotz ihrer bereits getroffenen Entscheidung auf Verlangen der mittelmäßigsten Regierung eine nochmalige Prüfung vorgenommen habe, die freilich wiederum zur Freigabe führte. Damit wollte er sagen, daß auch bei dem Remarque-Film eine Revision der ersten Entscheidung der Filmoberprüfungsstelle möglich sein müßte. Regierungsrat Seeger erklärte am Schluß der Sitzung, er habe sich inzwischen davon überzeugt, daß Torglers Darstellung über den Vorgang beim Potemkin-Film richtig sei.

Von den Kommunisten ist auch gegen den Reichsinnenminister Dr. Brüning wie bisher gegen alle einzelnen Reformminister ein Mißtrauensantrag eingebracht worden. Minister Dr. Brüning hat bisher in der Aussprache nicht das Wort genommen. Es wird auch bemerkt, daß er am Donnerstag, wo die Beratung zu Ende gehen dürfte, sprechen wird, weil sein Gesundheitszustand das kaum erlauben dürfte.

den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Die übrigen Beamten werden auf andere Reichsverwaltungen und auf die Gruppenverwaltung Bayern der Deutschen Reichsbahngesellschaft übernommen werden.

Grüner soll schärfer kontrolliert werden.

Brüning, 3. März.

In Verantwortung einer sozialdemokratischen Kleinen Anfrage im Reichstagen Landtag teilte Innenminister Seegering mit, daß sich die an die Gründung

des unter Vorh. Grünners stehenden Neunten Senats des Oberverwaltungsgerichts gemüßigten Erwartungen auf Beschleunigung der kommunalen Disziplinarmassnahmen nicht erfüllt hätten. Es seien organisatorische Veränderungen innerhalb des Senats und eine verstärkte Kontrolle seiner Arbeit geplant.

Grüner, der ehemalige Regierungspräsident, ist bekanntlich aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden, nachdem er in einem Brief gegen den damaligen Innenminister Grünwaldt einen Vorstoß hatte, dessen außerordentlichen Verhältnisses unternehmen hatte. Dieser Tage wurde gemeldet, daß er zur NSDAP übergetreten sei.

Die Kraftfahrzeugsteuer.

Die Reichsregierung gegen die Erhebung der Pauschalsteuer durch eine Verbrauchssteuer.

Berlin, 4. März.

Der Steueraussschuß des Reichstages beriet am Mittwoch die Novelle zum Kraftfahrzeugsteuergesetz, die die gegenwärtige bis zum 31. März befristete Regelung erheben soll. Ministerialdirektor Dr. Jarde vom Reichsfinanzministerium bejahte sich mit den Wünschen, die die Pauschalsteuer durch eine Verbrauchssteuer zu ersetzen, und wies darauf hin, daß auch in Amerika tatsächlich das Verhältnis von Pauschalsteuer und Verbrauchssteuer 1:1 sei. Angeführt der inwieweit erfolgten Benzinsollerghebung, sei die Reichsregierung der Auffassung, daß das gegenwärtige Pauschalsteuersystem beibehalten werden müsse. Wenn die Pauschalsteuer mit den Zuschlägen 230 Millionen erbringe und die Benzinsollerghebung 177 Millionen, dann sei auch bei uns das Verhältnis 1:1, bald erreicht. Weiter könne mit der Verbrauchssteuer 6.3 nicht gegangen werden. Der Rechner warte sich auch gegen die von den Sozialdemokraten beantragte Veränderung der Besteuerung um ein Jahr, da die Industrie endlich zur Ruhe kommen müsse. Die Abstimmung über die Kraftfahrzeugsteuernovelle findet erst am Donnerstag statt. Im Anschluß daran wird dann die Aussprache über die Vorschläge der Sozialdemokraten und Kommunisten wegen veränderter Besteuerung der höheren Einkommen fortgesetzt.

Wirtschaftspartei klagt gegen Preußen.

Berlin, 4. März.

Wie das Nachrichtenbüro des V. D. S. erfährt, hat die Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei eine Klage beim Staatsgerichtshof gegen die preußische Staatsregierung eingeleitet wegen Verletzung reichsrechtlicher Vorschriften infolge unzulänglicher Sentung der Realsteuern und nicht ausreichender Abgeltung des Hypotheken-Zinsmehrers ab 1. Januar 1932 durch Ermäßigung der Grund- bezw. Hauszinssteuer.

Keine Revolte, sondern Spießhufch.

Die Auflösung der nationalsozialistischen St.-Abteilungen in Kassel.

Kassel, 4. März.

Wie in einer nationalsozialistischen Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Feder gestern sprach, mitgeteilt wurde, liegt der Grund für die Auflösung der Kassel-St.-Abteilungen darin, daß die Parteileitung das Vorhandensein einer Spießhufchorganisation in diesen Abteilungen glaubte festgestellt zu haben. Dieser wird von der „Reichlichen Volksmacht“ mitgeteilt, daß von diesen Leuten verurteilt worden wäre, die bei der Kasser Polizei vor einiger Zeit angeblich gestohlenen 47 Mark eingebracht an eine einzelne St.-Abteilung weiterzugeben, um auf diese Weise die Möglichkeit eines Vorgehens gegen die St.-Abteilung zu schaffen. Diejenigen Leute, die sich zum Kauf der Waffen hätten bereitfinden lassen, hätten mehr, da der Waffen-erwerb ausdrücklich verboten worden sei, aus der Partei ausgeschlossen worden.

Die Einigung in Indien.

Neu-Delhi, 4. März.

Der Vorschlagsausschuß des Kongresses hat das Abkommen zwischen Gandhi und dem Vizekönig einstimmig gebilligt.

Diese Einigung erfüllt besonders die Bombayer Handelskreise mit einem Gefühl der Erleichterung, da diese Kreise unter den Trauerfundegebungen (Parteien) und anderen politischen Bewegungen der letzten 11 Monate am meisten zu leiden hatten. Es wird allgemein erwartet, daß die Handelsabstände eine Wiederbelebung erfahren werden, während die von der Konferenz am Runden Tisch in London begonnene Aussprache hier fortgesetzt wird, um zu einer Einigung über eine künftige Verfassung Indiens zu gelangen.

Schweres Eisenbahnunglück auf der Simplonbahn.

Zwei Tote.

Genf, 4. März.

Auf der Simplonstrecke in Wallis hat sich am Mittwoch zwischen den Stationen Brig und St. Maurice ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Eine Draisine, auf der der Schweizer Eisenbahntechnikler Maurice hatten, fuhr kurz hinter der Station St. Maurice auf freier Strecke mit 75 Stundenkilometer Geschwindigkeit auf der Draisine zusammen. Während die zwei auf der Rückseite der Draisine stehenden Beamten noch rechtzeitig abpringen konnten, wurde die Draisine mit den zwei übrigen Beamten von dem Zug ergriffen und einige hundert Meter mitgeschleift. Die tödlich verunglückten Beamten der beiden Stationen konnten nur mit Mühe geborgen werden.

Mäuseplage in Australien.

CNB Melbourne, 4. März.

Millionen Mäuse, die wie vom Himmel gekommen sind, haben die Küstengebiete (an der Grenze zwischen West- und Südastralien) beiderseits der transaustralischen Eisenbahn überflutet. Der Bahnhofs-vorsteher von Dongana erzählt, daß während er draußen einen Personenzug abfertigte, taufende von Mäusen in sein Amtszimmer einstranden und eine Rolle von 100 Banknoten aufzurollen begannen. (Ja, mal) In allen Häusern des Bezirks jagen die Tiere alles, was ihnen in den Weg kommt.

Starker Schneefall in Südbayern.

München, 4. März.

In den ersten Morgenstunden heute in Südbayern plötzlich wieder starker Schneefall ein, der bis zum Vormittag in der Donau- und Isarregion, besonders auf dem Rande abermals eine beträchtliche Neuschneedecke auf. In München verursachte der Schneefall mehrfach Verkehrsstörungen. Es schneit weiter.

Potemkin- und Remarque-Film.

Beratung des Innenetats ohne Ministerrat.

Berlin, 4. März.

Im Reichstag konnte die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums auch am Mittwoch noch nicht zu Ende geführt werden. In der Aussprache wurde von vielen Rednern die baldige Vorlegung des Reichshaushaltsgesetzes und eines neuen Reichshaushaltsgesetzes verlangt. Bedauerlicherweise wurde allgemein, daß der Antrag zur Sparmaßnahme auch zu einer Kürzung der Mittel geführt hat, die zur Förderung der Turn- und Sportbewegung der Jugend aufgewandt werden können.

Der Zentrumsgesandte forderte u. a., daß der Bildungsausschuß des Reichstages wie der mehrheitlich beschlossene Reichshaushaltsgesetz in vorigen Reichstag habe erbracht gelegen, man sei geistig kampfbereit gegangen. Ein Reichshaushaltsgesetz, in dem Gemütsfreiheit und Eigentum geschützt werden, müßte endlich kommen. Es fragt sich nur, ob der gegenwärtige Reichstag die Kraft besitzt, eine so große Kulturauflage zu erfüllen.

Keine Vertretung des Reiches mehr in München.

CNB Berlin, 4. März.

In dem dem Reichstag zugegangenen Ergänzungsetat für 1931 wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung beschlossen hat, dem bei der zweiten Beratung des Haushaltsplanes 1930 gefassten Beschluß des Reichstages, die Vertretung des Reiches in München in München künftig wegzulassen, so lassen in München des Rechnungsjahres 1930 zu vernünftigen. Der Vertreter der Reichsregierung, der frühere Staatssekretär v. Daniel, wird der „Völkischen Zeitung“ zufolge in

Grüner soll schärfer kontrolliert werden.

Brüning, 3. März.

In Verantwortung einer sozialdemokratischen Kleinen Anfrage im Reichstagen Landtag teilte Innenminister Seegering mit, daß sich die an die Gründung

ers stehenden Neunten Se-
erichts genüßigen Erwa-
nung der Kommuna-
n nicht erfüllt hätten.
Veränderungen innerhalb die-
ärzte Kontrolle seiner
Regierungspräsident, ist be-
emokratischen Partei ausge-
in einem Brief gegen den
Ergebnisse unternehmen
meldet, daß er zur NSDAP.
rzeugsteuer.
egen die Erhebung der
ne Verbrauchssteuer.
Berlin, 4. März.
Reichstages beriet am Mitt-
traftsohrgesetz. Der
bis zum 31. März befristete
terialdirektor Dr. Jarden
beachtliche sich mit den
uer durch eine Ver-
en, und wies darauf hin,
lich das Verhältnis von
steuer 1:1 bei Angehörigen
ingsohrgesetz, sei die
Auffassung, daß das
steuerrecht beide
Wenn die Verbrauchssteuer mit
erbringe und die Benjini-
lei auch bei uns das
Weiter könne mit der
gegangen werden. Der
die von den Sozialdemo-
ng der Verteilung um ein
endlich zur Ruhe
stimmung über die Kraft-
keit am Donnerstag. Rekt.
in die Ausgabe über die
und Kommunen wegen
höheren Einkommen fort-
klagt gegen
en.
Berlin, 4. März.
des B. D. J. erklärt, hat
der Wirtschaft.
Staatsgerichtshof
gierung eingeklagt wegen
schritten infolge unzu-
er Realitäten und
des Hypotheken-Zinsmehr-
äßigung der Grund- bzw.
ern Spießfurcht.
ationalsozialistischen
en in Kassel.
Kassel, 4. März.
stischen Verammlung, in
der gestern sprach, mitge-
te die Auflösung der Kasse-
die Parteileitung das
Spiegelorganisation zu
laube, selbstbestimmt
den Nationalsozialisten
mischungs- und
auf diese Weise die
gen die Kasse-Verwaltung
zu dem Kauf der Waffen
nummehr, da der Waffen-
worden sei, aus der
worden.
in Indien.
Neu-Delhi, 4. März.
Kongress hat das Ab-
und dem Witzigen ein-
sonders die Bomben-
der Erleichterung
erhebungen (Partei-
ungen der letzten 11 Monate
s wird allgemein erwartet,
Wiederbelebung er-
von der Konferenz am
sonnene Aussprache hier
nigung über eine künftige
n.
unglücklich auf der
bahn.
Genf, 4. März.
Wallis hat sich am Mitt-
ig und St. Maurice ein-
g und einig. Eine
Gendarmenbeamte blieb
hinter der Station St.
dem von Mailand
kilometer weitläufige
kommen. Während die
alline stehenden Beamten
nahmen, wurde die Draht-
von dem Zug ergriffen
geleitet. Die pol-
der beiden Beamten
n werden.
Australien.
Melbourne, 4. März.
wie vom Himmel ge-
orobene (an der Grenze
n) heiderseits der trans-
Luft. Der Bahnhofs-
daß während er draußen
außens von Wäldern in
nd eine Rolle von
reizen begannen.
des Bezirks jenseits die
Weg kommt.
n Südbayern.
en ersten Morgenstunden
sich wieder Karle
Vormittag in der Bann-
m Lande abwärts eine
In München verur-
Verkehrsstörungen. Es

Aus der Heimat.

Vor einem Lohn'ampf?

Ergebnisloser Verlauf der Lohnverhandlungen in der Textilindustrie.

8. Bocholt, 5. März. Wie wir erfahren, sind die gestern unter dem Vorsitz des Schlichters der Provinz Westfalen in Dortmund stattgefundenen Lohnverhandlungen zwecks Neuabschlusses des Lohnarbeits für die mühlentextilische Textilindustrie ergebnislos verlaufen. Ein Schiedsspruch wurde nicht gefällt. Die endgültige Entscheidung ist also noch nicht gefallen.

Monatsstatistik der Stadt Bocholt.

	Januar	Februar
Einwohner am Monatsende	83 176	83 108
Geburten	73	51
Sterbefälle	84	28
Eheschließungen	18	17
Unterstützte Erwerbslose am Monatsende	1675	1754
Fremde in Gasthöfen	418	416
Zugang an Gebäuden	—	—
abw. Wohnhäuser	—	—
Zugang an Wohnungen	—	—
abw. Wohnräume	—	—
Baugenehmigungen für Gebäude	5	10
abw. Wohnhäuser	3	7
Bäder in der Badeanstalt am Lagerhof	9	10
a) Bannhäuser	258	202
b) Branntbäder	1748	1596
Branntbäder für Schulkinder	1617	1500
Feuerwehralarmierungen	2	1
Unfälle	9	5

Eine neue Kirche.

8. Bocholt, 5. März. Am vergangenen Sonntag wurde in der Liebfrauen- und St. Georgskirche ein Aufruf zur Errichtung einer neuen Kirche im Osten der Stadt verlesen. In dem nördlich der Wa gelegenen Stadtviertel jenseits der Eisenbahn wohnen weit über 4000 Katholiken, von denen rund 3200 zur Liebfrauenkirche und der Rest zur Pfarrgemeinde St. Georg gehören, die sich in einem schmalen Zipfel zwischen Münsterstraße und Wa nach Osten verschiebt. Da die Bewohner jenes Stadtviertels meist dem Arbeiterstand angehören, bedarf es schon der Mithilfe aller Katholiken der Stadt, wenn das geplante Werk Wirklichkeit werden soll. Am kommenden Sonntag, nachmittags um 5 Uhr, findet zu diesem Zweck eine Versammlung im Gesellschaftshaus statt, zu der alle Katholiken Bocholts freundlichst eingeladen sind.

Heute beginnt die mündliche Reiseprüfung.

8. Bocholt, 5. März. Die mündliche Reiseprüfung am Städtischen Gymnasium und Realgymnasium beginnt bereits am heutigen Donnerstag und dürfte voraussichtlich noch Freitag und Samstag in Anspruch nehmen. Zur Prüfung sind 53 Oberprimaner zugelassen. Den Vorsitz hat Herr Oberlehrer Hellwig aus Münster.

Vorsicht Schwindler!

8. Bocholt, 5. März. Von einem Zeitschriftenverlag sind vor einigen Tagen zu Werbezwecken Schöne verteilt worden, die einem Jahnmarzschlein ähnlich sind. Obwohl diese Schöne nur auf einer Seite bedruckt sind und deutlich zu erkennen ist, daß es sich um Werbeschöne handelt, ist es einem Schwindler an verschiedenen Stellen gelungen, diese Schöne in Zahlung zu geben. Vor Annahme dieser Schöne wird gewarnt.

25 Jahre im Dienst der Eisenbahn.

8. Bocholt, 5. März. Am heutigen Tage kann der Arbeiter Heinrich Nisch (Hofstraße 15) auf eine 25jährige Tätigkeit im Dienste der Reichsbahn zurückblicken. Er ist in der Betriebswerkstatt Bocholt beschäftigt. Mit seinen Kollegen sprechen auch wir dem Jubilar zu seinem Ehrentage die herzlichsten Glückwünsche aus.

Ein jugendlicher Film.

8. Bocholt, 5. März. Bereits vorgestern und gestern lief im hiesigen Apollo-Theater der mit großer Spannung erwartete Jugendfilm „Am Jause“ den letzten Platz. Der Saal war jedesmal bis auf den letzten Platz besetzt. Die durchweg höchst interessanten Bilder fanden großen Anklang, was sehr häufiger Beifall bewog. Zu Beginn gab der Vorleser des Ortsverbandes des Christlichen Textilarbeiterverbandes Schmäla eine kurze Einführung. Auf dem Film selbst brauchen wir nicht näher einzugehen, da wir darüber in den Vorlesungen bereits berichtet haben. Umrahmt war die Vorführung von Darbietungen eines Orchesters. Welch hohes Interesse der Film bei der hiesigen Bevölkerung findet, bezeugt die Tatsache, daß schon seit einigen Tagen die für Bocholt vorgesehenen vier Vorstellungen sämtlich ausverkauft waren, so daß in der nächsten Woche der Film noch zweimal laufen wird.

Kollekte für den 3. Orden.

1. Bocholt, 5. März. In nächster Zeit wird hier die Kollekte für die Hauspfleger der Schwestern vom 3. Orden des hl. Franziskus (Mutterhaus Essen) durch den hiesigen Kollektanten Leson abgehalten werden; da die Schwestern in sehr bedrängten Verhältnissen leben und diese Kollekte ihre einzige Einnahme ist, ist sie vom Herrn Oberpräsidenten genehmigt und vom hochw. Herrn Bischof warm empfohlen.

Vom Arbeitsgericht Bocholt.

8. Bocholt, 5. März. Ein Weber klagte gegen eine hiesige Textilfirma auf Wiedereinstellung, da seine Entlassung laut § 84 des B. G. zu Unrecht erfolgt sei. Wegen Jugendvernehmung mußte ein neuer Termin angelegt werden.

Ein auswärtiger Landwirtschaftsgeselle klagte gegen einen Landwirt auf Zahlung seines rückständigen Lohnes. Der Beklagte war zur Zahlung von 40 RM bereit, was dem Kläger mitgeteilt wird.

Eine auswärtige Pflegerin klagte gegen ein hiesiges Institut auf Zahlung von 310 RM. Restlohn. Die Beklagte erkennt die Forderung an und ist zu ratenweiser Zahlung bereit. Außerdem erhält die Klägerin noch 5.- RM. Restlohn.

Wegen Nichterhaltung eines früheren Vergleiches klagte ein hiesiger Fuhrmann gegen eine Speditionsfirma. Die Beklagte will ihren Verpflichtungen nachkommen und erklärt sich zu weiteren Zugeständnissen bereit.

Ein Anstreicher, der bei einem auswärtigen Landwirt als Tagelöhner beschäftigt war, verlangte von diesem die Zahlung von 72,80 RM. Restlohn. Da der Kläger für seine Behauptungen den Beweis nicht erbringen konnte, kam es zu einem Vergleich. Der Beklagte zahlte dem Kläger 25 RM.

Jungmännerting St. Josef.

8. Bocholt, 5. März. Heute (Donnerstag) abends 8.30 Uhr im Heim Versammlung mit Vorbereitungsvortrag. Die Bezirksvorsitzer mögen die „Wacht“ in Empfang nehmen. Nächsten Sonntag 11.45 Uhr Versammlung der Turner und Ballspieler im Heim. Donnerstagabend bei der Versammlung im letzten Termin zur Anmeldung für Exerzitten in Steyl vom 7. bis 7. April.

Generalversammlung des Kreisriegerverbandes.

8. Bocholt, 5. März. Am Dienstag fand im Hotel zur Post die diesjährige General- und Delegiertenversammlung des Kreisriegerverbandes Bocholt statt. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die Neuwahl der ausstehenden Vorstandsmitglieder. Es wurden gewählt bzw. wiedergewählt: Kamerad Rods zum 1. Schriftführer, Kamerad Walschmidt zum 2. Schriftführer und Kamerad Watterkamp zum 2. Kassierer. Dem 1. Kassierer wurde für die vorläufige Kassenführung gebittet und Entlastung erteilt. Im Laufe der Versammlung legte der Vorsitzende den Vertretern der Vereine warm ans Herz, korporativ dem Volkseigenen „Deutscher Kriegsrückführer“. Ortsgruppe Bocholt, beizutreten. Nach anregender Ausdrucks über verschiedene allgemein interessierende Punkte wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Turnen, Spiel und Sport.

Fußballspiele des Ganes Wesel am Jugendsonntag.

Erstakt: Weierding (1900), Elskamp (Olympia) Steverding (Sportklub). — Begleiter: Freck, Kleine, Wölsch, Schilling. — Die Garnitur stellt der B. F. C. 1900 Bocholt (Schwarzgelbes Trikot, schwarze Hufe, schwarze Stutzen).

Die Eintrittspreise sind für alle Spiele: Erwachsene 50 Pfg., Erwerbslose, Schüler bis zu 14 Jahren und Jugend 20 Pfg. Bei dem Spiel auf Sportklub Platz ist die mittlere der 3 Rassen nur für Erwerbslose, Jugend und Schüler bis zu 14 Jahren geöffnet.

Die Abfahrt für die auswärtig spielenden Mannschaften (Stadtmannschaft A und C) erfolgt per Autobus pünktlich um 1.30 Uhr ab Markt.

Die Spieler der Stadtmannschaft B haben sich um 2.15 Uhr auf dem Sportklubplatz einzufinden. sta.

F. C. Olympia.

Wir machen unsere Mitglieder auf die am Freitag, dem 6. März, abends 8 Uhr, im Vereinslokal stattfindende Halbjahresgeneralversammlung aufmerksam. Das Ergebnis sämtlicher Mitglieder ist dringend erwünscht.

Wer fährt mit der Stadtmannschaft nach Wesel? Diejenigen Schlachtenbummler, die die Fahrt nach Wesel per Auto mitmachen wollen, mögen sich bis spätestens Freitag, 6. März, abends 7 Uhr, bei Elskamp (Prinz-Heinrich-Straße 7) melden. Abfahrt am Sonntag 2 Uhr ab Marktplatz.

Sportklub 1926.

Am Sonntag, dem 8. März, ist wegen der Städte- spiele im Gau-Wesel Spielverbot erlassen worden; somit sind sämtliche Mannschaften Spielfrei. — Zu dem am Freitag stattfindenden Spielerturnier kommen wegen der wichtigen Tagesordnung alle Aktiven mit Ausnahme der Jugend erscheinen.

Der Sportklub 1926 Bocholt bittet uns mitzuteilen, daß der Beirichter H. Elsmann seine dem F. C. Olympia schriftlich gegebene Beirichtserklärung wieder zurückgezogen hat und weiterhin in der Sportklubmannschaft spielen wird.

(Die Tatsache, daß H. Elsmann seine Beirichtserklärung wieder zurückgezogen hat, dürfte genügend Beweis dafür sein, daß er — wenn auch nur für kurze Zeit — Mitglied des F. C. Olympia war, so daß unsere getreue Meldung absolut den Tatsachen entspricht und nicht „voreilig“ war, wie eine hiesige Zeitung bemerken zu müssen glaubte.)

Sport- und Spielverein Rhebe.

Heute (Donnerstag) abends 8.30 Uhr, im Spiel-

Preiswerte Anaebote!

STRÜMPFE

- Damenstrümpfe
- knütt. Seide plattiert Paar 0.95
- knütt. Wascheide od. Wascheide plattiert. Paar 1.45
- Flor mit Seide plattiert od. feinfäd. „Bambus“ Paar 1.95
- Baumwolle, bunt, halbl., besonders Paar 0.45
- Masche und Flor, Paar 1.75, 1.45, 1.35
- Knütt. Strümpfe
- Baumwolle, 1X1 gest. Jed. weit Gr. 5-1 mehr. Gr. 1 0.35
- Knütt. Strümpfe
- mit Laufmasche, Jed. weit Gr. 10-1 mehr. Gr. 3 0.60



Geldmülliges.

Alle Hausfrauen, die soviel mühselig und doch auflebene Geschäfte am Familientische sehen wollen, seien darauf aufmerksam gemacht, daß schon wenige Tropfen der altbewährten Maggi-Würze hinreichen, um auch mit bescheidenen Mitteln hergerichteten Speisen kräftigen Wohlgeschmack zu geben. Sonstige teure Aromaten macht Maggi's Würze überflüssig.

6 Preise 6 Beweise

äußerster Warenverbilligung

ständiger Qualitätssteigerung

Mengenabgabe vorbehalten.

Das schlägt alles

0.65

Jeder Artikel

Herren-Socken, schwarz gestrickt, reine Wolle
Kinder-Strümpfe, Baumwolle, Größe 1-12
Damen-Strümpfe, Kunstseide, mit Doppelsohle und Hochferse
Kinder-Strümpfe, reine Wolle, farbig, Größe 1-4
Damen-Taghemd, sehr preiswert
Nessel-Schürze, gezeichnet
Knaben-Schürze, bunt gemustert
4 Staubtücher, gelb mit rotem Rand
2 Scheuertücher, Nixe
1 Garnitur Socken- und Ärmelhalter
3 Herren-Taschentücher, farbig
1 Kavalierstuch, weiß Crepe de chine
1 Paar Herrensocken, hübsch gemustert
Herren-Netzjacke, rohweiß
Baskenmütze, einfarbig und gemustert
Burschen-Hosenträger, mit heller Lederpatte
Damen-Unterziehhöschen, hellfarbig
Männer-Vorhemd, gewirkt, schwarz u. dunkelfarbig
Schlupfhosen, Louis. Qual., gute Gebrauchsware, Größe 36, 38, 40
Unterzieh-Strümpfe, reine Wolle
kräftiger Stricksocken, in melierten Farben
Linnen, kräftige Ware, für Kopfkissen
Damen-Schlupfhose, Kunstseide
10 Lot Wolle, schwarz oder grau
2 Herren-Kragen, moderne Façon
2 Herren-Binder, hübsche Dessins
1 Paar Damen-Strümpfe, plattiert

Das schlägt alles

0.95

Jeder Artikel

Herren-Einsatzhemd, schöne Einsätze
Damen-Schlupfhose, feinfädige Kunstseide
Baskenmütze, Wolle mit Seide oder reine Wolle
Damen-Kaschmir-Strümpfe, reine Wolle
Damen-Strümpfe, Kunstseide plattiert, Hochferse
Kinder-Strümpfe, farbig, reine Wolle, Größe 5-8
Herren-Socken, meliert, ansprechendes Muster
Damen-Taghemd, mit schönem Feston
Mädchen-Schürze, Größe 45-70, div. Ausführung
Hadeka Gold, feiner Seidenflor-Markenstrumpf
Damen-Schlüpfer, Louis. Qual., gute Gebrauchsware
Herren-Unterhose, maccofarbig
Herren-Handschuhe, Tricot
Damen-Krawatte, Crepe de chine
Herren-Cachenez, weiße Kunstseide
Crep-Decke, 80/80, bunt gemustert
Kissenbezug mit Languette
Zierschürze, aus uni Zefir mit bunter Blende
Herren-Hosenträger, besonders stark
1 Karton Damen-Taschentücher, gestickt
1 Paar Scheibengardinen
Damen-Handschuhe, reine Wolle, gestrickt
Kinder-Nachthemd, mit farbiger Weste

Das schlägt alles

1.45

Jeder Artikel

Einsatz-Hemde, weißgebleicht, mit guten Einsätzen
Herren-Hose, maccofarbig, Hadeka-Hauptqualitäten
Damen-Schlupfhose, echt ägyptisch Macco
Damen-Strümpfe, Kunstseide mit Macco plattiert, Doppelsohle
Damen-Strümpfe, prima Waschkunstseide
Herren-Sportstrümpfe, Wolle plattiert, mit Fuß
Damen-Taghemd, reich garniert
Damen-Hemd, mit breiter Achsel, Stickerei rings herum
Damen-Schlüpfer, aus feinfädiger Kunstseide
Herren-Normalhemd, wollgemischt
extra lange Herren-Hosenträger, mit Lederpatten
Servier-Schürze, aus Linnen mit Hohlraum und Stickereiansatz
Erstlings-Garnitur, Mütze und Jäckchen
Damen-Krawatte, Crepe de chine, moderne Muster
Damen-Schürze, vorgezeichnet, farbige Popeline
Kinder-Schürze, div. Ausführungen, Größe 75-95
1 Dutzend Taschentücher, weiß

Das schlägt alles

1.95

Jeder Artikel

Damen-Pullover, in hübschen Dessins
Herren-Oberhemde, gute Dessins
Herren-Selbstbinder, moderne Muster
Damen-Taghemd, mit Valenciennespitze
Damen-Unterkleid, aus eleganter Kunstseide, mit echt Macco plattiert
Damen-Unterkleid, Kunstseide, in vielen modernen Farben
Damen-Nachthemd, weiß, mit farbiger Weste
Herren-Cachenez, Kunstseide, moderne Muster
Herren-Unterhose, besonders gute Qualität
Kissenbezug, mit Klöppeleinsatz
Damen-Kaschmirstrümpfe, reine Wolle
Damen-Strümpfe, aus edler Bemberg-Kunstseide, Gold-Stempel
Damen-Gamaschen, feine Tricotware

Das schlägt alles

2.45

Jeder Artikel

Herren-Nachthemd, mit Geishakragen
Damen-Nachthemd, mit Langarm, Kragen und Stickerei-Westen
Damen-Weste oder -Pullover, moderne Dessins
Herren-Oberhemd, feine Dessins
Erstlings-Kleid, reine Wolle, handgehäkelt
Damen-Unterkleid, Kunstseide, in vielen Farben
Herren-Macco-Plüschhose, extra stark
Damen-Gamaschen, besonders gute Qualitäten

Das schlägt alles

2.95

Jeder Artikel

Haustuch-Decke, vorgezeichnet, geschnitten, 130/160
Prinzeßrock für Damen, mit Stickerei und Motiv reich garniert
Damen-Vorderschlusssittel aus Hemdentuch
schwarze Jumpersschürze, aus Panama
1 Dutzend Herren-Taschentücher, weiß
1 Dutzend Herren-Taschentücher, weiß mit bunten Streifen
Herren-Oberhemd, modernes Muster
Damen-Strümpfe, auserwählte Bemberg-Kunstseide, Marke: Bemberg-Luxus Silber

Kommen Sie möglichst frühzeitig, denn es wird wieder ein enormer Andrang sein

Ww. Aug. Meyer

Markt 4.

Der Red

manch
Zu Be
große
feit, d
als M
großen
auch d
mächte
Zuhör
staunt
keine
Sachbil
seiner
ist a b
Minute
hat die
zur Ar
gesproch
lehtener
fabelhaf
des geg
Doch i
ist nicht
mungen
vieltaus
wohler,
ihm nic
sich mit
nicht wi
Grübler
öffentlic
er ha t
tag ang
Kanzler
Zähler,
bei aller
etwas M
zu form
jetigen
Kanzler
hohen G
in p o n
der Zuh
Gedante
Das wir
anerkannt
Bisfegung
aufmerk
Blätter,
Situation
Kanzler
beiter, a
In der
M a g R
Mtersgen
Ein hohe
für das
allem, j
geleugnet
latridien
sicht man
und der
lächster
habe der
also in
aller Zer
anerkla
Briand
Kebner
Brüning,
anderswo,
h ä n g e n
Briand h
uns nicht
Franzose
um andere
bei ihm i
Frankreich
dann erst,
Über er
muß. Er
feindung
schlossen
entgegen
damit Fra
Gefinnung

Zu

Reichsm
und Reich
Joll für Mo
auf 20 M
der DSD h
gierung dar
größerer M
Kampffme
Russen-Rog
den Ein
von 20 M
als genügen